

Bernd Riexinger

Thesen zur Auswertung der Bundestagswahl und erste Schlussfolgerungen

DIE LINKE hat einen engagierten Wahlkampf gemacht mit über 180.000 Haustürbesuchen, großer Präsenz auf den öffentlichen Plätzen und neuen Formaten im Social-Media-Bereich. Dabei war die Mobilisierungskraft der Partei vor Ort sicherlich unterschiedlich stark. Aber eines ist klar: Am Engagement der Partei hat es nicht gelegen, dass wir eine frustrierende Niederlage erlitten haben.

Wie in den zurückliegenden Wahlkämpfen lag der Schwerpunkt bei den sozialen Fragen, bei Pflege, Wohnen, Mindestlohn, gerechter Steuerpolitik. Das Ergebnis ist unzweifelhaft ein Desaster. Bis auf wenige Ausnahmen haben wir flächendeckend gravierend verloren. Im Osten ist der mit Ausnahme Thüringens schon lange anhaltende Negativtrend weiter fortgesetzt worden, im Westen wurde der leichte Trend nach oben ins Gegenteil verkehrt. Ausnahmen und Lichtblicke gibt es am ehesten in Berlin in einigen Bezirken wie Neukölln, Friedrichshain-Kreuzberg und Treptow-Köpenick sowie in Leipzig und Dresden. Bei den Landtagswahlen konnte sich Berlin ebenfalls behaupten, was auch an einer glaubwürdigen Arbeit in der Regierung, der Unterstützung der Mieter*innenbewegung und des Volksentscheides "Deutsche Wohnen & Co. enteignen!" lag.

Jetzt gilt es, über die Ursachen des Ergebnisses gründlich in der ganzen Partei zu diskutieren. Dabei geht es nicht um Schuldfragen, sondern darum, aus einer sauberen Analyse die richtigen Schlussfolgerungen für die Arbeit der nächsten Jahre zu ziehen. Dass in der Woche nach der Wahlschlappe spontan 1500 Menschen Mitglied geworden sind, zeigt, dass die Existenz einer sozialistischen Partei vielen nicht gleichgültig ist. Deshalb muss im Vordergrund aller auch kontroversen und schonungslosen Debatten stehen, dass wir zusammenhalten und uns zugleich neu aufstellen, um die Partei für die Zukunft zu stärken. Dabei müssen wir uns nicht neu erfinden. Es geht auch nicht in erster Linie um programmatische Fragen, sondern um gemeinsame Schwerpunkte, um das Profil nach außen und die gesellschaftliche Verankerung. Eine neue Grundsatzprogrammdebatte würde uns dabei wenig helfen, sondern lädt eher zu Papierkrieg und Flügelauseinandersetzungen ein.

In der Zeit zwischen der Neuwahl des Parteivorstandes im Februar und der Bundestagswahl gab es gravierende Verschiebungen im Parteiensystem und extreme Wählerwanderungen. Fast niemand hatte erwartet, dass die SPD, die noch bis in den Frühsommer hinein wie festgenagelt zwischen 15 und 16 Prozent verharrte, nicht nur die Grünen, sondern auch die CDU überholen wird. Etwa 25 Prozent der Wähler*innen entscheiden sich – in der derzeitigen gesellschaftlichen Situation – relativ pragmatisch anhand von Inhalten und Schwerpunkten, Außendarstellung und Glaubwürdigkeit zwischen SPD, Grünen und DIE LINKE. Es gab bei den Wähler*innen im Mitte-links-Spektrum das Ziel, die CDU als Kanzlerpartei abzulösen. Dieses war offensichtlich vorrangig gegenüber dem Wunsch nach einer Mitte-links-Regierung, die relativ stabil (und ohne gesellschaftliche Mehrheiten) 25 bis 32 Prozent der Wähler*innen, eine Mehrheit der Grünen-Anhänger*innen und ein relevanter Teil der SPD-Wähler*innen wollten. Das

bis zum Schluss prognostizierte Kopf an Kopf Rennen zwischen Armin Laschet und Olaf Scholz hat uns ganz sicher Stimmen gekostet. Die Grünen sind kurz nach der Nominierung von Annalena Baerbock auf bis zu 27 Prozent hochgeschwungen, um dann während der Sommermonate auf 15 Prozent abzusinken. Ein Großteil davon dürfte an die SPD gegangen sein, die mit ihrer Position der wirtschaftlichen Stabilität mit sozialem Ausgleich und etwas mehr Klimaschutz viele Wähler*innen aus dem Spektrum von Mitte-links gewinnen konnte - aber eben auch 580.000 Stimmen von uns. Gemessen an der letzten Bundestagswahl konnten die Grünen ihre Stimmenzahl fast verdoppeln. Viele Wähler*innen gingen davon aus, dass die Grünen im Unterschied zu uns mit großer Wahrscheinlichkeit einer künftigen Regierung angehören werden. Wer wollte, dass Klimaschutz in dieser Konstellation gestärkt wird, hat vermutlich grün gewählt. Die Grünen haben immer noch das Image, die Klimapartei zu sein. Die Wählerwanderungen zu SPD und Grünen hatten also durchaus einen rationalen Kern und dürften häufig strategische Gründe haben.

Die zum Teil blitzartige Umorientierung heißt, dass diese Wähler*innen nicht auf Dauer weg sein müssen. Sie sind zurückgewinnbar, wenn wir gute Oppositionsarbeit machen. Wir können sicher davon ausgehen, dass in einer Ampelkoalition weder die SPD ihre sozialen Versprechungen noch die Grünen ihre zum Klimaschutz einlösen können. Es besteht kein Automatismus, dass enttäuschte Wähler*innen wieder nach links gehen, aber es ist möglich.

Zugleich ist aber klar: Die gesellschaftliche Situation hat sich seit dem Jahr 2019 mit der Pandemie grundlegend verändert, das Parteiensystem hat sich drastisch verschoben. Als kleinste Oppositionspartei ist der Zugang zu den Medien (nochmal) schwieriger. Wir müssen unser Profil schärfen und Alleinstellungsmerkmale gegenüber SPD und Grünen präziser bestimmen. SPD, Grüne und teilweise auch DIE LINKE haben einen thematisch und teilweise auch inhaltlich ähnlichen Wahlkampf geführt. Die Grünen haben schon seit Längerem ihren Kern Klimaschutz erweitert um soziale Gerechtigkeit. Sie setzen auch auf Themen wie Mindestsicherung und Mindestlohn, Familienpolitik und bezahlbares Wohnen, Investitionen in Bildung und Infrastruktur. Die SPD hatte einen klassisch sozialdemokratischen Wahlkampf in knallrot mit großem Selbstbewusstsein geführt und versprach „Respekt“ für die Beschäftigten. Klassisch links-sozialdemokratische Forderungen, wie der höhere Mindestlohn, bessere Pflege, bezahlbaren Wohnraum, gerechte Steuerpolitik hat sich die SPD angeeignet, sie waren in diesem Wahlkampf kein Alleinstellungsmerkmal von uns. Eine bloße Radikalisierung von Forderungen ist keine Lösung. Niemand wählt eine Partei, alleine weil sie 1 Euro Mindestlohn mehr verspricht (was nicht als Argument gegen einen höheren Mindestlohn missverstanden werden sollte). Die Agenda-2010-Politik liegt mittlerweile 18 Jahre zurück. Wähler*innen unter 30 Jahren ist das nicht im Bewusstsein verankert. Ich sage das auch deshalb, weil die SPD, auch wenn sie große Teile ihrer Versprechungen nicht einlösen kann, nicht einfach zur neoliberalen Politik zurückkehren wird. Nicht nur, aber auch deswegen wird die eigenständige Positionierung links von der SPD mit einem von ihr unterscheidbaren, auch mit sozialistischen Elementen versehenen Zukunftsentwurf große Bedeutung haben.

Wir müssen uns die Frage stellen, warum die Frage des Klimaschutzes so wenig

aufgeworfen wurde, obwohl wir gute Konzepte wie das Klima-Job-Programm und für den ausgebauten, kostenfreien ÖPNV haben? Spätestens nach den großen Überschwemmungen war klar, dass Klimaschutz eine wichtige Frage bei der Wahlentscheidung sein wird. Die Stärke der Linken, soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz und Umbau der Wirtschaft glaubwürdig zusammen zu bringen, wurde zu wenig ausgespielt. Zu fragen ist auch, ob wir nicht hätten stärker die Glaubwürdigkeit der SPD in Frage stellen sollen, die ja schon öfters vor den Wahlen links geblinkt hat, um hinterher in die andere Richtung abzubiegen. Mit Scholz hat ja nicht gerade ein Vertreter eines konsequent sozialen und klimagerechten Kurses die Spitzenkandidatur inne.

In dieser Gemengten Lage war die Hoffnung trügerisch, dass wir durch die Kampagne der CDU gegen ein rot-rot-grünes Schreckgespenst einen Aufwärtstrend erfahren, indem wir wieder Bestandteil der Konstellationsdebatte sind. Offensichtlich hat uns diese Konstellationsdebatte, wie wir sie geführt haben, nicht geholfen. Natürlich wird das jetzt unterschiedlich interpretiert. Ein Teil sagt, wir hätten die Regierungsbeteiligung offensiver und glaubwürdiger vertreten müssen; ein anderer Teil meint, wir hätten ganz die Finger davon lassen müssen. Beides halte ich für falsch. Es war nicht zwingend, dass wir Bestandteil einer Ablösung der CDU sein müssen, im Gegenteil: Es war realistischer, dass das ohne uns möglich ist. Gleichzeitig hatten SPD und Grüne überdeutlich gemacht, dass sie eigentlich nicht mit uns wollen, ohne es ganz auszuschließen. In dieser Situation in den Vordergrund zu stellen, dass wir uns schon auf Sondierungsgespräche vorbereiten, musste als Bitte erscheinen, doch auch mitspielen zu dürfen, während die anderen ständig betonen, dass wir zu schmutzig dafür sind. Den Eindruck eines Lagerkampfes zu erwecken, während die anderen partout nicht Teil dieses Lagers sein wollen, dürfte uns nicht gestärkt haben. Umgekehrt dürfte es wenig geeignet sein, Menschen, die zwischen SPD, Grünen und uns schwanken, anzusprechen, indem DIE LINKE sich als reine Oppositionspartei präsentiert und radikalere Forderungen und die roten Haltelinien in den Mittelpunkt gestellt hätte. Ich bin nicht dagegen, die Konstellationsfrage offensiv zu stellen, aber immer verbunden mit konkreten Zielen und mit einer eigenständigen selbstbewussten Funktionsbestimmung unserer Partei. Mit dem Sofortprogramm wurde das versucht, aber es konnte die Wahlkampfkonstellationsdebatte zu diesem Zeitpunkt nicht mehr drehen.

Ulrich Schneider hat vollkommen recht mit seiner Kritik: Wenn mit Sahra Wagenknecht eines der bekanntesten Gesichter der Partei über Wochen hinweg durch die Talkshows tingelt und in nahezu allen Medien mit der eigenen Partei abrechnet, schadet das. Die falsche These, dass die Partei sich der sogenannten Lifestylelinken zugewendet habe und die sozialen Interessen der Unterschicht und der klassischen Mittelschicht vernachlässige, hat eine verheerende Außenwirkung. Mit großer Begeisterung haben die Medien diese Botschaft verstärkt. Bei den einen kommt das dann so an, dass DIE LINKE nichts oder zu wenig für sie tut, und bei den anderen, dass sie lieber auf sie verzichtet. Statt die Milieus zu verbinden, werden sie gegeneinander ausgespielt. Prominenz nützt nur etwas, wenn sie im Interesse der Partei eingesetzt wird. Es ist völlig unverständlich, wie man wenige Monate vor einer entscheidenden Wahl ein „Gegenprogramm“ veröffentlichen kann, das in wichtigen Kernpunkten vom Wahlprogramm abweicht und sich sogar streckenweise wie eine

Absage an eine plurale Linkspartei liest. Die mediale Inszenierung des Buches „Die Selbstgerechten“ war die Hauptursache für das Erscheinungsbild einer zerstrittenen Partei. Die neue Parteiführung, noch kaum im Amt, sah sich sofort mit dem alten Muster konfrontiert.

Geschadet hat sicher auch das Kommunikationsfiasko in der Afghanistan-Abstimmung. Dass wir in einer außenpolitischen Frage, in der wir recht bekommen haben, in die Defensive geraten sind, muss zu denken geben. Es gab kein geschlossenes Abstimmungsverhalten, zu wenig Kommunikation, warum so abgestimmt wurde, und insgesamt wenig Verständnis für unsere Positionierung in der Bevölkerung. Ich bin gegen eine Aufweichung unserer friedenspolitischen Positionen, aber wir müssen gründlicher nachdenken, wie unsere Anhänger*innen denken und fühlen. Die Gefahr, dass wir uns innerhalb der Partei selbst vergewissern, aber zu wenig sensibel gegenüber dem Alltagsbewusstsein der Bevölkerung sind, ist ziemlich groß.

In der aktuellen Situation braucht es nicht nur eine offenere politische Kultur in der Partei, sondern auch eine Neuaufstellung in der Bundestagsfraktion. Das Bündnis von Teilen der Reformer mit den Traditionalisten um Wagenknecht hat die Fraktion gelähmt. Dieses Bündnis hat, nicht nur beim Afghanistanmandat, wenig politische Gemeinsamkeiten und ist hauptsächlich machtpolitisch begründet. Eine Fortsetzung wäre inhaltlich perspektivlos. Das Verhältnis von Fraktion und Partei muss auf neue Füße gestellt werden. Dazu gehört die Anerkennung, dass die Partei das politische Zentrum ist und nicht die Fraktion. Es braucht in der Fraktion mehr Raum für politische Diskussionen, neue Ideen und Initiativen.

Während der Pandemie wurde der Zustand der Fraktion besonders deutlich. Zwar gab es eine Reihe guter Anträge, unter anderem zur Kurzarbeit. Aber die Außenwirkung wurde durch das Thema parlamentarische Kontrolle, das für die Bevölkerung nicht im Vordergrund stand, und durch Äußerungen von Abgeordneten zur Kritik an den Gesundheitsschutzmaßnahmen, zu Querdenker-Demos oder Impfskepsis geprägt. Stattdessen hätten Themen wie Pflegenotstand, soziale Mindestsicherung oder die Situation der Familien offensiver gesetzt werden müssen. Die Fraktion beklagte zwar die planlosen Maßnahmen der Regierung, legte aber keinen eigenen öffentlich gut kommunizierten Plan vor. So wurde die Position der LINKEN in der Bevölkerung wenig wahrgenommen, obwohl die Partei sehr früh inhaltliche Positionen erarbeitet und beschlossen hatte.

DIE LINKE braucht sich nicht neu erfinden, aber sie muss ihr Profil schärfen und erweitern. Das ist durchaus eine existentielle Frage. Wenn wir unser Profil auf Sozialstaat und „Ostidentität“ verengen, richten wir uns angesichts der demographischen Entwicklung alleine an älteren Stammwähler*innen im Osten und einem Teil von enttäuschten (ehemaligen) SPD-Anhänger*innen aus. Das ist eine Strategie, die zum Scheitern verurteilt ist – gerade weil die sozialen Themen als Alleinstellungsmerkmal gegenüber neu aufgestellter SPD und Grünen nicht ausreichen. Hier müssen wir die Diskussion miteinander weiter führen.

1. Wir müssen auf unserem Kernfeld der sozialen Gerechtigkeit bleiben und es um die Klimagerechtigkeit erweitern. Wenn wir als DIE LINKE Lösungen für die verschiedenen miteinander verbundenen Krisen im Kapitalismus (Klimakrise, soziale und wirtschaftliche Krise, hegemoniale Krise) aufzeigen wollen, dann werden wir die Idee des sozial-ökologischen Systemwechsels weiter entwickeln und für unsere Außenwirkung prägend machen müssen. Wenn mehr als 500.000 unserer Wähler*innen zu den Grünen gegangen sind, dann nicht weil diese ein überzeugendere Antworten zur sozialen Gerechtigkeit haben, sondern weil sie Klimaschutz nach vorne wählen wollten und davon ausgingen, dass die Grünen auf jeden Fall Teil einer neuen Regierung sein werden. Das ist kein Mittelschichtphänomen. Die Grünen haben auch bei Gewerkschaftsmitgliedern am stärksten zugelegt, während wir uns bei den Gewerkschafterinnen gegenüber dem Jahr 2017 fast halbiert haben. Auch bei Arbeiter*innen und Erwerbslosen haben die Grünen dazugewonnen. Der entscheidende Unterschied zu den Grünen besteht darin, dass wir keine marktwirtschaftlichen und unsozialen Lösungen, zum Beispiel über die Bepreisung der Emissionen, fordern, sondern klare Regulierung, den Umbau der Industrie und Wirtschaft mit dem Ziel der Emissionsfreiheit bis zum Jahr 2035, verbunden mit sozialen- und Arbeitsplatzgarantien, neuen Eigentumsformen und Wirtschaftsdemokratie. Es geht eben um einen Systemwechsel und nicht nur um Korrekturen, wie sie im neuen Koalitionsvertrag schon absehbar sind. Gute Konzepte für sozial-ökologisch ausgerichtete Investitionen, für den Ausbau und bessere Arbeitsbedingungen im ÖPNV und bei der Bahn, ein Klima-Job-Programm sind in den letzten Jahren entwickelt worden.
2. Dazu gehört auch die Perspektive eines neuen Wohlstandsmodells, in dem die Lebensqualität und das soziale Zusammenleben verbessert werden und im Einklang mit einer klimagerechten Wirtschafts- und Lebensweise stehen. Die in das Wahlprogramm und auch die Kampagnenarbeit eingeflossenen Ideen eines Infrastruktursozialismus (Ausbau des Öffentlichen und der öffentlichen Infrastruktur) ist zentrales Element eines attraktiven Zukunftsmodells. Selbstkritisch muss ich einräumen, dass wir diesen Schwerpunkt bereits nach der Bundestagswahl 2017 hätten setzen sollen, denn es dauert, bis dadurch das Außenbild der Partei prägt. Wenn wir das jetzt nicht konsequent machen, werden uns nicht nur viele Mitglieder und Anhänger*innen von der Fahne gehen, wir werden auch in vier Jahren nicht als Alternative zu den Grünen gelten.
3. Wesentlicher Bezugsrahmen für linke Politik muss auch künftig die Vertretung der Interessen der Lohnabhängigen sein. Es ist kontraproduktiv, Milieus gegeneinander auszuspielen. Es geht um gemeinsame Interessen der verschiedenen, häufig gespaltenen Teile der Lohnabhängigen, also prekärer wie nicht-prekärer Gruppen, Fahrradkuriere im urbanen Milieu, Krankenpfleger*innen, Menschen in der sozialen Arbeit, wie auch Beschäftigte in der Automobil- und Zuliefererindustrie, die gerade besonderem Druck ausgesetzt sind, um migrantischen und nicht-migrantischen Beschäftigten gleichermaßen. DIE LINKE hat mit dem Ansatz

der verbindenden Klassenpolitik den richtigen Weg eingeschlagen. Wir sollten unsere Öffentlichkeitsarbeit so weiterentwickeln, dass die verschiedenen Teile der lohnabhängigen Klasse ihre Erfahrungen und Geschichten darin wiedererkennen.

4. Dazu gehört auch: Die Debatte zur Identitätspolitik sollte nach vorne aufgelöst werden. Auch weiterhin muss DIE LINKE klar gegen jede Form von Diskriminierung und Ausgrenzung Position beziehen. Linke Identitätspolitik unterscheidet sich von liberaler und steht nicht im Gegensatz zur sozialen Frage, sondern ist Bestandteil davon. Die Debatte über Gendersternchen kann getrost als Ablenkungsmanöver betrachtet werden. Es geht um Antirassismus, klare Parteinahme für Geflüchtete und Migrant*innen, den Kampf gegen Rechts, gegen jede Form von Diskriminierung. DIE LINKE sollte den begonnenen Weg, dass Migrant*innen eine wichtige Stimme in der Partei sind und dort einen Ort der politischen Organisation finden, fortsetzen.
5. Es gibt jetzt Debatten, an der Außenpolitik Kurskorrekturen vorzunehmen. Richtig daran ist, dass wir die hegemonialen Krisen und neuen Kriegsgefahren auf der Höhe der Zeit analysieren sollten; und richtig ist, dass wir unsere Kommunikation verändern müssen. Es besteht kein Grund, unsere Position zur NATO und zu Auslandseinsätzen aufzuweichen. Aber es besteht Bedarf an einer Verständigung über sinnvolle friedenspolitische Schwerpunkte. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass die Frage der Auflösung der NATO unter unseren Anhänger*innen umstritten ist, fast die Hälfte ist gegen einen Austritt. Und sie ist laut Umfragen einer der Hauptgründe für SPD- und Grünen-Anhänger*innen, uns nicht zu wählen. Außerdem wird unsere Position einer Sicherheitspartnerschaft mit Russland häufig damit verwechselt, wir würden an Putin andere Maßstäbe anlegen als zum Beispiel an Erdogan. Populär sind unsere Positionen gegen Aufrüstung, Waffenexporte und Kampfeinsätze der Bundeswehr. Bei diesen Punkten lassen sich auch Verbindungen zu verschiedenen sozialen und menschenrechtlichen Bewegungen herstellen. Glaubwürdigkeit in der Frage von Menschenrechten, Demokratie und Völkerrecht sind die Voraussetzungen dafür.
6. Die Regierungsdebatte hat sich erst einmal erledigt. Wir machen jetzt vier Jahre Oppositionsarbeit. Wir brauchen auch die Debatten über den Sinn des Regierens nicht jedes Mal neu zu führen. Es ist weiterhin richtig, Regierungsfragen nicht nur an die Haltelinien zu binden (die verbindlich sind), sondern mit einem linken Reformprogramm zu verknüpfen. Also verbindliche politische Maßstäbe zu entwickeln, was wir mit einem Politikwechsel verbinden. Zum Verständnis linker Regierungsbeteiligungen gehört auch, dass unsere Politik von anderen uns nahestehenden Organisationen und Bewegungen unterstützt und zumindest dem Kern nach getragen wird.
7. Der Bundestagsfraktion kommt als einziger linker Oppositionskraft eine wichtige Bedeutung zu. Das jetzt veröffentlichte Papier der Sondierungsergebnisse bewertete das ZDF mit der Überschrift „FDP ist der

Gewinner“. Große Teile der Versprechungen von SPD und Grünen sind mit der FDP nicht zu machen. Bereits gefallen ist die Vermögenssteuer, damit fällt die Finanzierung wichtiger Investitionen. Die Verteilungsfrage wird also akut. Der gesetzliche Mindestlohn von 12 Euro ist die einzige bezifferte und klare soziale Verbesserung. Sie wird erkaufte durch Zugeständnisse bei der Flexibilisierung der Arbeitszeit und keinerlei zusätzliche Regulierung der Arbeitsbeziehungen oder Verbesserung der Tarifbindung. Nichts zu Befristungen, Leiharbeit, Werkverträge und anderen Formen prekärer Arbeit. Altersarmut wird so wenig bekämpft, wie es Fortschritte für eine lebensstandardsichernde Rente geben wird. Dafür ist jedoch der Ausbau der kapitalgedeckten Rentenversicherungsanteile geplant. Beim Wohnungsbau gibt es eine Verständigung für „Bauen, bauen, bauen“, aber keine schärfere Regulierung zugunsten der Mieter*innen oder entscheidende Veränderungen beim sozialen Wohnungsbau in öffentlicher oder genossenschaftlicher Hand. Auch bei der Pflege wird es keine wirklichen Änderungen geben, geschweige denn Entwicklungen in Richtung Bürgerversicherung. Dagegen wird es ein Investitionsprogramm zur Modernisierung der Wirtschaft geben, also Digitalisierung, Bildung, Infrastruktur zur Transformation. Beim Klimaschutz haben die Grünen Zugeständnisse beim Ausbau der regenerativen Energien bekommen und eine unverbindliche Aussicht für einen früheren Ausstieg aus der Kohle. Keine wirkliche Mobilitätswende. Die Finanzierung der vereinbarten Investitionen bleibt völlig offen. Versprochene Entlastungen für untere und mittlere Einkommensgruppen bleiben auf der Strecke. Fundierte Kritik daran wird genauso wichtig sein, wie es darauf ankommen wird, eigene Alternativen anzubieten und mit einem linken Zukunftsentwurf verbinden.

Parteientwicklung weiter stärken

Obwohl, von Ausnahmen abgesehen, auch hohes Engagement den übergreifenden Trend kaum bremsen konnte, gibt es mittel- und langfristig einen Zusammenhang zwischen Parteientwicklung, Verankerung in Gesellschaft, Gewerkschaften und Bewegungen und Wahlergebnissen. Der eingeschlagene Weg zu einer linken Mitglieder- und Bewegungspartei, die zu organisierender Arbeit, zu gesellschaftlichen Bündnissen und eigenen politischen Kampagnen in der Lage ist, gilt es weiter zu entwickeln und auf alle Regionen auszudehnen. Besonders wichtig ist eine Strategie zur Gewinnung neuer Mitglieder im Osten, um den nach wie vor ungebrochenen Mitgliederschwund aufzuhalten. Ich habe Zweifel, ob die Wahlergebnisse im Osten hauptsächlich mit der Vernachlässigung der „Ostidentität“ zusammenhängen (was immer das in Bezug auf unterschiedliche Generationen und Regionen heute auch ist) oder nicht eher damit, dass die meisten Landtagsfraktionen die organisierende Verankerung in der Gesellschaft und das Ansprechen neuer Wähler*innengruppen nicht als systematische Schwerpunkte ihre Arbeit und Ressourcen begreifen. Moritz Kirchner schreibt dazu zutreffend in der Wochenzeitschrift Der Freitag: DIE LINKE im Osten „hat es nicht geschafft, neue Milieus zu binden und zu kultivieren, wie es den Grünen mit der neuen urbanen akademischen Mittelklasse gelang. Auch das hat zum Abstieg beigetragen“. Optimistisch stimmt mich hingegen, dass unmittelbar nach der

Wahl 1500 neue Mitglieder eingetreten sind und offensichtlich Interesse an der Existenz einer linken Partei haben. Es bleibt meine Überzeugung, dass der Parteaufbau weiterhin von großer Bedeutung ist, wollen wir zu neuer Stärke finden. Nicht als Arbeitsprogramm mit Anspruch auf Vollständigkeit, sondern als ein kursorischer Wunschzettel für die Zukunft unserer Partei verstehen sich die nachfolgenden Punkte.

1. Gewerkschaftliche Verankerung ausbauen ohne den Gewerkschaftsführungen hinterherzulaufen, die die ohnehin enge Anbindung an die SPD verstärken werden. Programm und Themen sind bereits eng an den Forderungen der Gewerkschaften dran. Wir sind aber zu wenig mit Betriebsrät*innen und Vertrauensleuten in den Betrieben vertreten. Viele unserer neuen Mitglieder arbeiten jedoch bereits und können verstärkt solche Aufgaben übernehmen. Außerdem ist es dringend notwendig B&G-Gruppen in den Regionen aufzubauen, um konkrete Angebote an Gewerkschafter*innen zu unterbreiten. Ganz sicher müssen wir in den Industrieregionen konkrete Antworten auf die Transformation geben, die zahlreiche Arbeitsplätze und Standorte bedroht.
2. Den Aufbau eigener Kampagnenfähigkeit weiter vorantreiben. Die Kampagnen gegen Pflegenotstand und Mietenwahnsinn haben einen wichtigen Nerv in der Gesellschaft getroffen und gleichzeitig die Arbeit an der Basis unterstützt und strukturiert. Die Partei sollte gründlich diskutieren, wie die Kampagnenarbeit fortgesetzt und verbessert werden kann, insbesondere wie organisierende und mobilisierende Elemente verstärkt werden können. Da zum bezahlbaren Wohnen von der neuen Regierung wenig zu erwarten ist, wird das eine der wichtigsten sozialen Fragen in den nächsten Jahren bleiben. Wichtig wird es, eine eigenständige Kampagne zur Klimagerechtigkeit auf den Weg zu bringen, vermutlich zum Ausbau des ticketfreien ÖPNV, möglicherweise mit der Forderung nach einem 365-Euro-Ticket als Einstieg.
3. Das Mittel der Haustürbesuche wurde im Wahlkampf ausgebaut, gerade in den sozialen Brennpunkten. Das sollte in den Alltag hinüber gerettet und mit organisierender Arbeit in den Stadtteilen und Kommunen verbunden werden. Auch andere Formen im Wahlkampf, wie Präsenz auf öffentlichen Plätzen, kleine Kundgebungen zu wichtigen gesellschaftlichen Fragen, Unterstützung von Streiks und betrieblichen Kämpfen können in den Alltag der Parteiarbeit übernommen und verbreitet werden. Die begonnene Ausbildung von ehrenamtlichen Organizern ist enorm wichtig, um diese Ansätze zu auszubauen.
4. Es geht nicht nur darum neue Mitglieder zu gewinnen, sondern sie zu halten und mit ihnen zusammen eine kontinuierliche Arbeit aufzubauen. Bindung erfolgt auch durch Bildungsangebote, Raum für politische Debatten und sozialen Austausch wie auch durch eine gemeinsame politische Praxis. Aktionsorientierung sollte mit politischer Qualifizierung und Raum für inhaltliche Debatten verbunden werden.

5. Bei der Orientierung auf politische Bewegungen geht es nicht darum, ihnen hinterherzulaufen, wie hie und da kommuniziert wird. Bewegungen, wie Fridays for Future, Seebrücke, Unteilbar, aber auch Mieter*innenbewegung, sind eine positive Reaktion auf wichtige gesellschaftliche Fragen. Damit bleiben sie ein wichtiger Bezugspunkt für DIE LINKE. Veränderungen entstehen nicht nur durch Wahlen und parlamentarische Arbeit, sondern durch gesellschaftlichen Druck. Deshalb ist DIE LINKE Teil fortschrittlicher gesellschaftlicher Bewegungen und bringt deren Anliegen in den politischen und parlamentarischen Raum. Ich gehe davon aus, dass die Klimabewegung noch stärker wird, weil die Klimakrise größer, erfahrbarer und bedrohlicher werden wird. Außerdem wird die neue Regierung keine ausreichenden Maßnahmen beschließen. Eine Debatte, wie wir das Verhältnis und die Zusammenarbeit zu sozialen und ökologischen Bewegungen verbessern, wäre produktiv.
6. Sinnvoll wäre auch, die Diskussion mit Intellektuellen und Gewerkschafter*innen aus unserem Umfeld zu intensivieren. Wir brauchen Unterstützung und Diskussionszusammenhänge mit linken Intellektuellen, die mit uns an der Bildung eines linken sozial-ökologischen Zukunftsprojektes arbeiten wie auch an der inhaltlichen und strategischen Weiterentwicklung unserer Partei.

Es hat schon einige Krisen seit der Gründung unserer Partei gegeben. Der jetzige Rückschlag muss nicht von Dauer sein. Schon der Koalitionsvertrag wird in den nächsten Monaten verdeutlichen, wie wichtig eine sozialistische Partei ist. Für Millionen Menschen wird es kaum eine Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensverhältnisse geben. Die verschiedenen großen Zukunftsfragen können unter den bestehenden ökonomischen und politischen Verhältnissen nicht befriedigend gelöst werden. Wir haben die gemeinsame Verantwortung, DIE LINKE nicht nur einfach über die Zeit zu retten, sondern als Hoffnungsträgerin für Millionen Menschen stärker zu machen. Das wird nicht einfach, ist aber möglich.

Bernd Riexinger ist Bundestagsabgeordneter für DIE LINKE. In den Jahren 2012 bis 2021 war er Vorsitzender der Partei DIE LINKE.